

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/954

zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Markus Blume, Albert Füracker u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer FDP

Drs. 16/1415

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes (Drs. 16/954)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass § 1 Nr. 3 Buchst. b folgende Fassung erhält:

„b) Dem Abs. 3 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³ Kindern und Jugendlichen ist der Zutritt zum Raucherraum nicht gestattet; dies gilt nicht für Justizvollzugsanstalten, für Einrichtungen des Maßregelvollzugs und für die Einrichtungen der ambulanten und stationären Suchttherapie sowie der Erziehungs- und Eingliederungshilfe für Jugendliche und junge Volljährige.““

Berichterstatlerin: **Christa Stewens**
Mitberichterstatlerin: **Theresa Schopper**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit haben den Gesetzentwurf mitberaten.

Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf Drs. 16/954 und den Änderungsantrag Drs. 16/1415 in seiner 11. Sitzung am 28. Mai 2009 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 9 Zustimmung, 1 Ablehnung

SPD: Ablehnung

FW: 1 Zustimmung, 1 Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

FDP: Zustimmung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1415 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 9 Zustimmung, 1 Ablehnung

SPD: Enthaltung

FW: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 16/1415 in seiner 13. Sitzung am 24. Juni 2009 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FW: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1415 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FW: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 16/1415 in seiner 13. Sitzung am 25. Juni 2009 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FW: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1415 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Enthaltung
 FW: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

5. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 16/1415 in seiner 14. Sitzung am 25. Juni 2009 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 7 Zustimmung, 1 Ablehnung
 SPD: 2 Ablehnung
 FW: 1 Ablehnung
 B90/GRÜ: 1 Ablehnung
 FDP: 1 Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1415 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 7 Zustimmung, 1 Enthaltung
 SPD: 2 Enthaltung
 FW: 1 Ablehnung
 B90/GRÜ: 1 Ablehnung
 FDP: 1 Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

6. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 16/1415 in seiner 17. Sitzung am 9. Juli 2009 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FW: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/1415 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Enthaltung
 FW: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Dr. Christian Magerl

Vorsitzender